

**Öffentliche Sitzung**  
des Haushaltsausschusses  
am Mittwoch, den 23.03.2022  
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 18:26 Uhr

Ende: 20:04 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

**CDU**

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

**SPD**

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

**Die Linke**

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Karin Rauscher

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

**Verwaltung**

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

**Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

**Verwaltung**

Herr Gerhard Hackner

Herr Helmut Ott

Herr Thomas Ringel

Herr Michael Schaumann

Frau Edith Wollmann

Frau Franka Zaneck

**Gast**

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Daniela Dinser

## Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Haushaltswirksame Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2022/2023
- 1.1** Nr. 1: Offenes W-LAN in der Kernstadt sowie in den Bezirksämtern und Hallen in den Stadtteilen
- 1.2** Nr. 2: Stadtteil-Homepages
- 1.3** Nr. 3: Mittel für Spielplätze 2023
- 1.4** Nr. 4: Zuschüsse für städtepartnerschaftliche Aktivitäten
- 1.5** Nr. 5: Erlass von Gebühren für Veranstaltungen durch Vereine in Gemeindehallen
- 1.6** Nr. 6: Stadtfest, Erlass von Standgebühren und Verlängerung um einen Tag
- 1.7** Nr. 7: Ausbau der Radweganbindung Nord
- 1.8** Nr. 8: Die gut fürs Klima Stadt - Bericht
- 1.9** Nr. 9: Masterplan zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2035
- 1.10** Nr. 10: Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
- 1.11** Nr. 11: Ausstattung Schulen
- 1.12** Nr. 12: Einführung der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2022/2023 an allen Gmünder Schulen
- 1.13** Nr. 13: Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 10 Punkte ab 01.01.2023
- 1.14** Nr. 14: Fahrradpiktogramme Buchstraße und Goethestraße/Eutighofer Straße
- 1.15** Nr. 15: Fahrrad-Service-Säulen
- 1.16** Nr. 16: Park and Ride Parkplätze
- 1.17** Nr. 17: Fußgängerquerung Ecke Ledergasse/Fischergasse
- 1.18** Nr. 18: Kostenloses Freibad im Sommer für Kinder und Jugendliche
- 2** Bekanntgaben
- 3** Anfragen
- 3.1** Pflasterbelag am Fünfknopturm

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1        Haushaltswirksame Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2022/2023  
Vorlage: 047/2022**

**zu 1.1     Nr. 1: Offenes W-LAN in der Kernstadt sowie in den Bezirksämtern und Hal-  
len in den Stadtteilen**

**Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.2     Nr. 2: Stadtteil-Homepages**

**Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.3 Nr. 3: Mittel für Spielplätze 2023****Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.4 Nr. 4: Zuschüsse für städtepartnerschaftliche Aktivitäten****Protokoll:**

Stadtrat Sopp/CDU bittet darum, die nicht verbrauchten Mittel aus dem Jahr 2022 nach 2023 zu übertragen.

Oberbürgermeister Arnold sichert dies zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.5 Nr. 5: Erlass von Gebühren für Veranstaltungen durch Vereine in Gemeindehallen****Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.6 Nr. 6: Stadtfest, Erlass von Standgebühren und Verlängerung um einen Tag****Protokoll:**

Stadtrat Sopp/CDU schlägt vor, in den Jahren 2022 und 2023 jeweils die halbe Gebühr für die Vereine zu erheben.

Die anderen Fraktionen sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Die hierfür erforderlichen 6.000 Euro in 2022 und 2023 werden im Rahmen des Haushaltsvollzugs gedeckt.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.7 Nr. 7: Ausbau der Radweganbindung Nord**

**Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.8 Nr. 8: Die gut fürs Klima Stadt - Bericht**

**Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.9 Nr. 9: Masterplan zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2035**

**Protokoll:**

Frau Zanek ergänzt die Stellungnahme der Verwaltung (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass der Beschluss sehr wichtig sei. Die ersten Zwischenergebnisse werde man im Juli vorstellen und das Endergebnis im Dezember mit den Fraktionen besprechen. Für den Doppelhaushalt 2024/2025 müsse die Verwaltung bereits im Mai/Juni/Juli arbeiten. Unabhängig davon wisse man, wo die drei größten Schwerpunkte seien.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Erläuterung und die Gespräche, die viel bewegt hätten. Sie erkundigt sich, welche Maßnahmen darin verankert seien. Die Diskussion gehe nicht um Maßnahmen, die ergriffen werden würden. Man müsse an Tempo deutlich zulegen. Den Masterplan erst 2025 zu machen, sei zu spät. Man habe nicht so viel Zeit. Man wolle Ende 2023 einen Masterplan haben. Die Bereiche, in denen etwas getan werden müsse, seien bekannt. Es sei jedoch zu wenig. Man wolle es beschleunigen.

Frau Zanek führt aus, dass der European Energy Award Module enthalte und die Brücke schlagen könne. Man brauche konkrete Zahlen, Daten, Fakten. Auf dieser Basis müsse man dann Entscheidungen treffen. Die kommunale Energieberatung werde dadurch auch gefördert. Man benötige zunächst eine fundierte Analyse. Darum komme man nicht herum. Die externen seien eingebunden und dabei, diese seien über Fördermittel finanziert.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es keine Frage des Geldes, sondern der Arbeit sei.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man die zusätzlichen Mittel über Schulden finanzieren könne, da man keinen Gegenfinanzierungsvorschlag habe.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man einen klaren Masterplan entwickeln könne, damit man beginnen könne, die Klimaneutralität zu erarbeiten. Man wolle klare Zwischenziele, klare Aussagen zu CO<sub>2</sub>-Einsparungen, zur Wirtschaftlichkeit und zu dem Zugang zu Fördergeldern. Dies sei aus ihrer Sicht mit dem European Energy Award nicht möglich. Man wolle den Prozess beschleunigen. Man brauche ein Maßnahmenkonzept und das möglichst schnell. Es sei höchste Eisenbahn, dass man mit den erneuerbaren Energien vorankomme. Es sei wichtig, dass man Signale setze und vorankomme. Man solle nicht gegeneinander, sondern gemeinsam in die gleiche Richtung ziehen.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass die Zeit nicht langsamer vergehe, wenn man 200.000 Euro setze.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass man den European Energy Award bereits diskutiert habe. Er habe das so verstanden, dass es über Masterplan keinen Dissens mehr gebe. Herr Schelling habe gesagt, dass der Award den Masterplan nicht ersetzen könne bzw. daraus kein Masterplan hervorgehe. Ein Masterplan sei wesentlich mehr, bspw. evaluiere dieser, welche Aufgaben umgesetzt worden seien und ob diese ausreichen würden, um die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. Die bisher vorgeschlagenen Instrumente würden nicht ausreichen, um das Ziel im Blick zu haben. Die Klimaneutralität sei ein Standort- und Wirtschaftsfaktor. Daher müsse man es noch

mehr forcieren, bspw. auch durch den Ausbau erneuerbarer Energien. Ein Verweis auf den Radwegezielplan sei zu kurz gesprungen, das müsse man nach zwei bis drei Jahre evaluieren. Die Eile sei geboten, man müsse die 200.000 Euro setzen. Wenn man es nicht tue, bedeute es, dass der Haushalt 2024/2025 die frühestmögliche Möglichkeit sei, Geld für den Masterplan zu setzen. Dies sei zu spät. Man brauche jetzt den Fahrplan. Dieser brauche eine Grundlage, ein Ingenieurbüro werde man sicherlich finden.

Frau Zanek erläutert, dass man hier beieinander sei, aber man benötige fundierte Analysen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Dissens darin liege, wann der Masterplan fertig sein solle.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass der Masterplan damit beginne, wo die drei größten CO<sub>2</sub>-Schleudern seien.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass der Masterplan nicht in Beton gegossen sei. Man müsse festlegen, wann man welche Investitionen vornehme.

Stadtrat Sopp/CDU führt aus, dass grundsätzlich Einigkeit darüber bestehe, dass man bis 2035 das Ziel der Klimaneutralität erreiche. Bei der externen Hilfe könne er nicht mitgehen, er traue dies dem Amt 11 zu.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass man jetzt anfangen müsse. Es sei viel Know-How bei Amt 11 vorhanden.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bringt zum Ausdruck, dass es ein interfraktioneller Antrag sei. Die Fraktionen müssten sich vor nächster Woche nochmals besprechen. Es wäre sehr hilfreich, wenn man eine Übersicht bekäme, was in den Kommunen klimaneutral sei. Welche Bereiche werden bereits angegangen? Wo sei was in der Pipeline?

Frau Zanek antwortet, dass der Maßnahmenkatalog vorliege. Man könne es nochmals untergliedern.

Erster Bürgermeister Baron schlägt vor, dass man sich in der Sache auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konzentriere, da dieser komprimiert sei. Die Anträge der weiteren Fraktionen würde man jedoch nachrichtlich aufnehmen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob die personellen Kapazitäten ausreichen würden, um den European Energy Award und den Masterplan zu erarbeiten.

Frau Zanek antwortet, dass es eine Doppelung der Aufgaben sei.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen antwortet, dass es nicht mehr den aktuellen Stand der Diskussionen betreffe. Der Antrag müsse verifiziert werden.

Der haushaltwirksame Antrag wird zur Entscheidung in den Gemeinderat verwiesen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.10 Nr. 10: Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer**

**Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.11 Nr. 11: Ausstattung Schulen**

**Protokoll:**

Stadträtin Heusel/SPD schlägt vor, über die Bewirtschaftungseinschränkung für das Jahr 2023 zu entscheiden, wenn der Jahresverlauf 2022 absehbar sei.

Erster Bürgermeister Baron stimmt dem zu.

Mit dieser Zusage stimmt die SPD Fraktion der Stellungnahme der Verwaltung und einer zusätzlichen Stuhlpauschale in Höhe von jeweils 25.000 € für die Jahre 2022 und 2023 zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.12 Nr. 12: Einführung der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2022/2023 an allen Gmünder Schulen**

**Protokoll:**

Stadtrat Dr. Beck/SPD erläutert den Antrag und bittet um einen Überblick, wo man mit den einzelnen Schulen im Bereich Schulsozialarbeit stehe.

Erster Bürgermeister Baron sagt eine Gesamtaufstellung für alle Schulen zu. Der Bedarf werde dabei schulscharf geprüft, mit dem Ziel passgenaue Lösungen individuell für jede Schule zu finden. Gegebenenfalls kommen auch Angebote im Präventionsbereich in Betracht. Mögliche Anpassungen seien ab dem Schuljahr 2023/2024 denkbar. Die Finanzierung für die Monate September bis Dezember 2023 erfolgt dabei im Rahmen des Haushaltsvollzugs.

Mit den Zusagen der Verwaltung wird der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.13 Nr. 13: Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 10 Punkte ab 01.01.2023**

**Protokoll:**

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass für Steuererhöhungen nie die richtige Zeit sei. Der Wirtschaftsstandort gewinne dadurch nicht mehr oder weniger Attraktivität. Man hätte Mehreinnahmen in Höhe von 700.000 Euro, daher halte man den Antrag aufrecht.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man mehr denn je auf die Unternehmen, die man habe, angewiesen sei. Man sei gewilligt, in den Standort zu investieren. Es gehe darum, dass man ein Signal setze. Er halte es nicht für das richtige Signal für die Unternehmen am Standort.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass es nicht die richtige Zeit für Steuererhöhungen sei.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass Steuererhöhungen nie gut seien. Es würden Mehrbelastungen auf die Unternehmen zukommen. Die Gewerbesteuer sei nur ein Teil der Standortbetrachtung. Die Mehreinnahmen würden wieder in Investitionen fließen, diese würden dem regionalen Handwerk wieder zugutekommen. Man brauche die Information, wie sich die Steuererhöhung auf die unterschiedlichen Bereiche auswirke.

Stadtrat Sopp/CDU ist der Ansicht, dass man die Unternehmen nicht noch mehr belasten solle. Dies halte er für sehr falsch.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass es sehr schwer sei, wen man nun mehr belaste. Man müsse den gesamten Wirtschaftsstandort betrachten. Er hätte dem Antrag zugestimmt, hätte man nicht eine veränderte Situation gehabt. Der Antrag sei aus seiner Sicht zum falschen Zeitpunkt.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste ist ebenfalls der Auffassung, dass es das absolut falsche Signal sei.

Stadträtin Heusel/SPD zieht den Antrag zurück.

Herr Bantel führt die Details zur Gewerbesteuer aus. Wie sich die Ukraine auf die einzelnen Firmen auswirke, könne man derzeit nicht absehen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.14 Nr. 14: Fahrradpiktogramme Buchstraße und Goethestraße/Eutighofer Straße**

**Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.15 Nr. 15: Fahrrad-Service-Säulen**

**Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.16 Nr. 16: Park and Ride Parkplätze****Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE regt an, die Bustaktung am Schießtalplatz zu verbessern und stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.17 Nr. 17: Fußgängerquerung Ecke Ledergasse/Fischergasse****Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bittet um einen Vor-Ort-Termin.

Erster Bürgermeister Baron sichert dies zu. Ein Zebrastreifen sei eine größere Sache, man nehme es gerne in die Verkehrsschau mit.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 1.18 Nr. 18: Kostenloses Freibad im Sommer für Kinder und Jugendliche****Protokoll:**

Die antragstellende Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2      Bekanntgaben****Protokoll:**

Keine.

**zu 3      Anfragen****zu 3.1    Pflasterbelag am Fünfknopfturm****Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE führt aus, dass der Pflasterbelag abgesunken sei.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass dies normal sei und nach einiger Zeit wieder aufgefüllt werden müsse.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: